

Kundgebung

Donnerstag, 15. April 21

18:00 Uhr

Marienplatz München

Bildung und Soziale Arbeit vor wirtschaftliche Interessen.

Der Schutz und die Rechte von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Beschäftigten muss Priorität haben!

Die dritte Welle der Pandemie gefährdet weiterhin unsere Gesundheit, viele kämpfen in den Kliniken um ihr Leben. Die Eindämmungsmaßnahmen führen zu herben Einschnitten und Belastungen für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern. Beschäftigte, Kinder und Jugendliche in den Kitas und den Einrichtungen der sozialen Arbeit sind weiterhin der Gefahr der Ansteckung ausgesetzt, da sie immer noch unzureichend geschützt sind. Verschärfend kommt hinzu, dass die Inzidenzen bei der jüngeren Bevölkerung gerade stark ansteigen.

Zum Schutz der Kinder, Jugendlichen und Beschäftigten wurden bisher Angebote der Bildung und sozialen Arbeit eingeschränkt. Um dem zu entgehen und einen neuen Weg einschlagen zu können, müssten die Kontakte in anderen gesellschaftlichen Bereichen reduziert werden. Nur so sind niedrige Inzidenzzahlen zu erreichen.

Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie erstreckten sich bisher nur auf den privaten Bereich und einen kleinen Teil der Unternehmen. So werden Kultur, Hotellerie, Teile des Einzelhandels, Gastronomie, die Fitnessbranche sowie die Soloselbstständigen in der Bildung existenzbedrohend eingeschränkt. Andere Teile der Wirtschaft beteiligen sich kaum an der Bekämpfung der Pandemie. Es besteht keine Pflicht für Homeoffice, keine Testpflicht in Unternehmen. Solidarität sieht anders aus!

Alles Private wird eingeschränkt, aber die Wirtschaft läuft ungehemmt weiter. Das muss sich ändern, damit wir sicherer unsere Arbeit machen können!

Die GEW Bayern ruft daher in München und Umland zu einer Kundgebung auf.



Die GEW Bayern fordert:

- Wirtschaftliche Interessen müssen zurücktreten, damit Bildung und Soziale Arbeit gewährleistet werden können. Kinderrechte und Beschäftigtenschutz haben Vorrang!
- Wirtschaftsunternehmen müssen ihre Hausaufgaben machen: Homeoffice – wo möglich –, Testpflicht, bessere Hygieneschutzkonzepte müssen erstellt und umgesetzt werden!
- Besonders die Jugendlichen sind endlich in ihren Bedürfnissen zu erkennen und nicht immer nur als Schüler*innen oder Azubis: Sie brauchen Orte der Begegnung dringender denn je. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss bspw. weiter geöffnet werden, erkaufte mit der längeren Schließung von bspw. Geschäften. Inhaber dieser Geschäfte müssen ausreichend finanziell entschädigt werden, finanziert durch eine Sondersteuer für den Onlinehandel, der stattdessen boomt.
- Eltern werden über alle Gebühr belastet. Daher: Schluss mit der Mehrfachbelastung durch Erwerbsarbeit und Care-Arbeit, Freistellungsanspruch mit 100% Verdienstausschlag, statt ein paar Kinder-Krank-Tagen.
- Schutz der Beschäftigten in den Einrichtungen verbessern: mehr Luftfilter, mehr Selbsttestangebote, bessere Konzepte für kleine Gruppen, verständliche Regelungen zu verschluckten Kindern. Wechselangebote für alle Kinder. Besondere Angebote für Kinder mit erhöhtem Bedarf.